

Die Rolle der öffentlichen Meinungsbildung im EU-Integrationsprozess und die Kommunikationsstrategie der Regierungen

Bilaterales Expertentreffen in Budapest, 25. Oktober 2004

Mag. Ludwig Rader

*Leiter der Fachabteilung 1E, Europa und Außenbeziehungen
des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung*

Aus der Sicht des Landes Steiermark haben die Regionen eine wesentliche Rolle im der EU-Integrationsprozess.

Die geografische, historische und politische Brückenfunktion der Steiermark hat früh zu Partnerschaften mit den Nachbarn südlich und südöstlich ihrer Grenzen geführt. Kontakte zu den Regionen Friuli-Venezia-Giulia, Veneto in Italien, Baranya, Győr-Moson-Sopron, Somogy, Tolna, Vas sowie Zala in Ungarn, Burgenland und Kärnten in Österreich und in die Staaten Kroatien, Slowenien haben eine lange Geschichte.

Deshalb hat sie sich schon im Jahre 1978 in der Gründung der **Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria** engagiert. Nirgendwo sonst haben damals Regionen aus NATO-Staaten, aus Warschauer-Pakt-Staaten und aus neutralen und blockfreien Staaten grenzüberschreitend in freundschaftlicher Verbundenheit zusammengearbeitet.

Mit der Fortschritt der Erweiterung war nun eine Fortentwicklung dieser Zusammenarbeit auf europapolitischer Ebene notwendig: Eine Bündelung regionaler Interessen in der europapolitischen Willensbildung - etwa über die Reform der Strukturfonds – bringt bessere Chancen der Durchsetzung. Daher wurde am 26. April 2002 in Graz - in Anwesenheit des damaligen EU-Kommissars für die Europäische Regionalpolitik, Herrn Michel Barnier, - eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit an der **Initiative "EU-Zukunftsregion"** feierlich unterzeichnet.

Ihr gehören Regionen aus Ungarn, Slowenien, Kroatien, Italien und Österreich an.



In den nächsten Tagen wird in Marburg über die Struktur dieser Initiative diskutiert. Selbstverständlich muss diese Initiative schwerpunktmäßig in Brüssel wirksam werden: Das Land Steiermark hat direkt gegenüber der Generaldirektion Regionalpolitik ein neues Haus angekauft und lädt die Partnerregionen – und solche, die es noch werden wollen – herzlich ein, im gemeinsamen Haus ihre Verbindungsbüros einzurichten.

Das Land Steiermark sieht daher die letzte Erweiterung der EU als Chance verstärkten regionalen Einflusses auf die europäische Entwicklung.

Wesentlich für den Erfolg der europäischen Integration wird aber die volle **Einbindung der Bevölkerung in den Integrationsprozess** sein. Der kann realistisch nur über die Regionen erfolgen.

Wir müssen das nunmehr größere Europa näher zum Bürger bringen, ihn in seinem Umfeld ansprechen, seine Sorgen hören, aber vor allem die Chancen für die Zukunft aufzeigen.

Nicht von „großen Programmen“, sondern von Menschen in der Region hängt der Erfolg der Erweiterung ab.

Ziel eines bei der Europäischen Kommission eingereichten Projektes ist es, die Gemeinden EUropa fit zu machen, unmittelbar von Mensch zu Mensch über die Auswirkungen, Konsequenzen und Chancen der Erweiterung zu informieren.

Traditionell ist der erste und glaubwürdigste Ansprechpartner für den Bürger und die Bürgerin der Bürgermeister und seine Mitarbeiter. Auch die anderen lokalen Akteure wie Vereine, Lehrer und Kirche sind wichtige Ansprechpartner.

Mit dem Aufbau von Bürgerservicestellen in den Gemeindeämtern versucht die Steiermark alle Schichten der Bevölkerung zu erreichen und baut eine Vertrauensbasis auf und Ängste ab.

Lebenslauf Mag. Ludwig Rader

Geboren 1948 Feldkirchen in Kärnten, Österreich

Matura 1966 in Villach, Kärnten.

Studium der Rechtswissenschaften Universität Graz.

Beruf

Von 1970 bis 1975 Journalist in Graz, davon 3 Jahre nebenberuflich Klubsekretär der FPÖ im Steiermärkischen Landtag.

1975 - 1996 Vertragsbediensteter, dann Beamter des Magistrates Graz: Klubsekretär des FPÖ-Gemeinderatsklubs, anschließend Baurechtsamt, 1991 bis 1996 Magistratsdirektion, zuständig für Fragen der Europäischen Integration.

Seit März 1996 Vorstand der Europaabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung (seit 1.9.2003 "Fachabteilung 1E, Europa und Außenbeziehungen") einschließlich des Steiermark-Büros in Brüssel

Politik

1967 - 1971 Studentenvertreter, 1971 Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft der Universität Graz und Mitglied des Zentralausschusses in Wien.

1971 bis 2001

Mitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs

März 1983 - Oktober 1991

Klubobmann der FPÖ-Fraktion im Steiermärkischen Landtag.

Mai 1985 - Feber 1988

Landesparteiobmann der FPÖ- Steiermark und Mitglied des Bundesparteivorstandes.

Oktober 1991 - Jänner 1996

III. Präsident des Steiermärkischen Landtages.